

Inhaltsübersicht

Autorenverzeichnis	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
Teil 1 Verkehrszivilrecht	1
Abschnitt 1 Haftungsrecht	3
A. Anspruchsgrundlagen	3
B. Fahrzeugschaden	25
C. Personenschaden – Allgemeines und »kleine« Schäden	96
D. Personenschaden – Großschadenfälle	146
E. Haushaltsführungsschaden	185
F. Prozessformulare Unfallregulierung	204
G. Regress des Sozialversicherungsträgers	244
Abschnitt 2 Vertragsrecht	267
H Fahrzeugkaufvertrag	267
I. KFZ-Leasing	295
Teil 2 Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	313
J. Verkehrsordnungswidrigkeiten	315
K. Verkehrsstrafrecht	352
L. Besonderheiten der Verteidigung im Bußgeldverfahren bei Fuhrunternehmen Einzelne Vorschriften, Verteidigungsstrategien und Prävention durch Fuhrparkmanagement	411
Teil 3 Verkehrsrechtliche Bezüge zum Arbeitsrecht	463
M. Verkehrsverwaltungsrecht	465
Teil 4 Verkehrsrechtliche Bezüge zum Arbeitsrecht	515
N. Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen verkehrsrechtlicher Vergehen im Straßenverkehr	517
Stichwortverzeichnis	525

Inhaltsverzeichnis

Autorenverzeichnis	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIII
Teil 1 Verkehrsrecht	1
Abschnitt 1 Haftungsrecht	3
A. Anspruchsgrundlagen	3
I. Haftung nach StVG	3
II. Verschuldenshaftung nach §§ 823 ff. BGB	6
III. Haftung für Verrichtungsgehilfen, § 831 BGB	7
IV. Haftung nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer	7
1. Unfälle mit Radfahrern/Fußgängern	7
2. Unfälle mit Kindern	8
V. Haftung autonomer und hochautomatisierter Fahrzeuge	9
1. Halterhaftung gem. § 7 StVG	9
2. Fahrerhaftung gem. § 18 StVG	10
3. Haftung der technischen Aufsicht	10
4. Haftung des Herstellers	10
VI. Schuldanerkenntnis	10
VII. Haftung bei begleitetem Fahren (Führerschein mit 17)	11
VIII. Ansprüche gegen Verkehrsofopferhilfe nach § 12 PflVG	11
IX. Haftungsquotenfälle (Mithaftung)	13
1. Kreuzungsverkehr	13
a) Beampelte Kreuzung/Einmündung	13
b) Unbeampelte Kreuzung/Einmündung	15
c) »Lückenunfälle«	15
d) Missverständliches Lichtsignal	16
2. Begegnungsverkehr	17
3. Gleichgerichteter Verkehr	17
a) Auffahrunfall mit stehenden/liegendebliebenen Fahrzeug	17
b) Auffahrunfall wegen abbremsendem Fahrzeug	18
c) Überholen	19
4. Parkunfälle	20
5. Unfälle mit nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern	20
a) Unfälle mit Fahrrädern	20
b) Unfälle mit Fußgängern	21
c) Unfälle mit Kindern	22
6. Unfälle mit Sonderrechtsfahrzeugen	23
B. Fahrzeugschaden	25
I. Beginn des Mandates	25
1. Allgemeine Angaben des Mandanten/Personenbezogene Daten	25
2. Fragebogen für Anspruchsteller	28
3. Zentralruf der Autoversicherer	30
4. Akteneinsicht	31
5. Erinnerung Akteneinsicht	32
II. Erste Schreiben nach Mandatserteilung	33
1. Erste E-Mail nach Anruf oder E-Mail des Mandanten	33
2. Mandatsbestätigung	34
3. Mitteilung an Mandanten über Schadensspezifikation	36

Inhaltsverzeichnis

4.	Anschreiben an Zeugen.	36
5.	Erinnerung an Zeugenaussage.	37
6.	Schadensanzeige gegenüber der eigenen Versicherung	38
7.	Kostendeckungsanfrage an die Rechtsschutzversicherung	40
III.	Schreiben an gegnerische Versicherung – Schadensanzeige und Schadensspezifizierung	41
1.	Einfache Schadensanzeige ohne Unfallschilderung.	41
2.	Schadensanzeige mit Unfallschilderung.	44
3.	Einfache Schadensspezifikation	46
4.	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche allgemein	48
5.	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche um Kreditkosten	49
6.	Zahlungsaufforderung – Abzüge ungerechtfertigt	50
7.	Mahnung und Zahlungsaufforderung mit Nachfrist	51
8.	Zahlungsaufforderung mit Klageandrohung	52
9.	Zahlungsaufforderung mit Übersendung der Ermittlungsakte.	53
IV.	Reparaturschaden – Schadensbegründung	54
1.	Konkrete Schadensabrechnung	54
a)	Prognose-/Werkstatttrisiko – Reparaturkosten liegen entgegen der Schätzung im Gutachten über dem Wiederbeschaffungswert	54
b)	Prognose-/Werkstatttrisiko – Reparaturkosten liegen entgegen der Schätzung im Gutachten über der 130 %-Grenze	56
c)	Prognose-/Werkstatttrisiko – Mehrkosten wegen mangelhaft durchgeführter Reparatur.	57
d)	Abzug »neu für alt«	58
e)	Abzug »neu für alt« – Besonderheit Sicherheitskleidung.	59
2.	Fiktive Schadensabrechnung.	61
a)	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung bei allgemeinem Verweis auf Durchschnittswerte örtlicher Fachbetriebe.	61
b)	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung ohne zeitnahen Hinweis auf kostengünstigere alternative Reparaturmöglichkeit	63
c)	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung, da Fahrzeug nicht älter als drei Jahre.	64
d)	UPE-Aufschläge und Verbringungskosten – keine Abzüge auf die vom Sachverständigen kalkulierten Reparaturkosten	65
e)	Besonderes Integritätsinteresse bei fiktiver Abrechnung der Reparaturkosten – Reparaturaufwand ist höher als der Wiederbeschaffungsaufwand jedoch geringer als der Wiederbeschaffungswert (sog. 100 %-Fall)	66
f)	Besonderes Integritätsinteresse bei fiktiver Abrechnung der Reparaturkosten – Reparaturaufwand liegt unter 130 % des Wiederbeschaffungswertes (sog. 130 %-Fall)	68
g)	Keine Pflicht zur Vorlage einer Reparaturrechnung bei Abrechnung nach Gutachten.	69
h)	Kein Recht zur Nachbesichtigung des verunfallten Fahrzeuges durch Schädiger.	70
V.	Totalschaden – Schadensbegründung	71
1.	Einfache Schadensspezifikation bei wirtschaftlichem Totalschaden.	71
2.	Ergänzende Schadensspezifikation – Restkraftstoff im Tank bei Verwertung des verunfallten Fahrzeuges.	74
3.	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche um sonstige Vermögensschäden	75
4.	Restwertberücksichtigung bei Weiternutzung des verunfallten Fahrzeuges trotz wirtschaftlichen Totalschadens	78
5.	Keine Anrechnung des höheren Restwertangebots des Versicherers bei Zugang erst nach Verkauf des Unfallfahrzeuges	79
6.	Keine Anrechnung des vom Geschädigten erzielten höheren Restwerterlöses aufgrund überobligatorischer Verkaufsbemühungen	82
7.	Einfache Schadensspezifikation bei unechtem Totalschaden – Abrechnung auf Neuwagenbasis	83
VI.	Fahrzeugausfall	86
1.	Nutzungsausfallentschädigung	86
a)	Nutzungsausfallentschädigung – Hinweis an Mandanten.	86

b)	Schadensbegründung für pauschale Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw	87
c)	Schadensbegründung für pauschale Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw mit Überlegungsfrist	88
d)	Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw trotz Verletzung	90
e)	Schadensbegründung für entgangenen Gewinn bei gewerblichem Fahrzeug.	91
2.	Mietwagenkosten	92
a)	Schadensbegründung Mietwagenkosten.	93
b)	Schadensbegründung Mietwagenkosten mit Vergleichsangeboten	94
C.	Personenschaden – Allgemeines und »kleine« Schäden	96
I.	Allgemeines	96
II.	Erste Anschreiben	96
1.	Erstes Anschreiben an den Schädiger bzw. dessen Haftpflichtversicherer.	96
2.	Sonderfall: Verletzung eines Dritten (Insasse, Fußgänger etc.)	99
a)	Anschreiben an »eigenen« Haftpflichtversicherer	99
b)	Anschreiben an Mandantschaft	100
3.	Erstes Mandantenanschreiben.	100
a)	Mandatsbestätigung	100
b)	Informationsblatt	102
4.	Schweigepflichtentbindungserklärung.	105
5.	Erste Arztkorrespondenz.	106
a)	Anschreiben Arzt	106
b)	Arztbericht	107
III.	Schmerzensgeld	108
1.	Checkliste zur Bemessung eines angemessenen Schmerzensgeldes bei Personenschaden	110
2.	Anschreiben an Haftpflichtversicherer bei Hinweis auf Vergleichsentscheidungen oder »Schmerzensgeldtabellen«	113
3.	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung »kleineren« Personenschadens	114
a)	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung geringer Verletzungen des Mandanten	115
4.	Typische Probleme: Bagatellverletzungen	116
a)	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes einer Bagatellverletzung.	116
b)	Anschreiben an Mandant zur Bagatellschadenproblematik.	118
5.	Typische Probleme: Vorschäden	119
a)	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes einer bestehenden Vorerkrankung.	119
b)	Anschreiben an Haftpflichtversicherer oder Arzt wegen mangelnder Wesentlichkeit der Verletzung	120
c)	Anschreiben an Mandant zur Anspruchskürzung bei Vorschaden.	121
6.	Typische Verletzungen: HWS	122
a)	Anspruchsschreiben an Haftpflichtversicherer wegen HWS-Verletzungen	122
b)	Anschreiben zur Harmlosigkeitsgrenze	125
7.	Arztbericht	129
a)	Übersendung Arztbericht an Mandantschaft zur Stellungnahme	129
b)	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Ergänzung eines ärztlichen Berichtes.	129
IV.	Bezifferung sonstiger Positionen	130
1.	Heilbehandlungskosten.	130
a)	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Kosten der Heilbehandlung (mit Ausnahme von Fahrt- und Besuchskosten)	130
b)	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Fahrt- und Besuchskosten	133
2.	Sonstige Nebenkosten stationärer Behandlung	137
a)	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung sonstiger Nebenkosten stationärer Behandlung.	137

Inhaltsverzeichnis

b) Belehrung des Mandanten zur Erstattungsfähigkeit von sonstigen Nebenkosten der stationären Behandlung	139
3. Ersparte Verpflegungskosten	139
a) Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes ersparter Verpflegungskosten.	139
b) Belehrung des Mandanten zur Abzugsfähigkeit ersparter Verpflegungskosten.	141
4. Erwerbsschäden	142
5. Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Schäden an Kleidungsstücken und sonstigen Gegenständen	142
D. Personenschaden – Großschadenfälle	146
I. Schmerzensgeld	146
1. Geltendmachung Schmerzensgeldanspruch bei schweren und schwersten Verletzungen.	146
2. Geltendmachung Schmerzensgeld bei tödlichen Verletzungen	152
a) Geltendmachung Schmerzensgeld bei tödlichen Verletzungen	152
3. Hinterbliebenengeld	154
a) Geltendmachung Hinterbliebenengeld.	154
4. Schockschaden aufgrund von Verletzung/Tod eines nahen Angehörigen.	156
a) Geltendmachung Schockschaden	156
II. Erwerbsschaden Allgemeines	158
1. Anspruchsschreiben Erwerbsschaden abhängig Beschäftigter.	158
2. Anspruchsschreiben Erwerbsschaden Selbstständiger	162
3. Rente und Kapitalisierung bei zukünftigen Erwerbsschaden	164
III. Unterhaltsschaden	167
1. Barunterhalt	168
a) Barunterhalt: kinderlose Witwe, getöteter Alleinverdiener	168
b) Barunterhalt: Witwe mit eigenem Einkommen, zwei Waisen	172
2. Naturalunterhalt	176
IV. Mehrbedarfsschaden	176
1. Geltendmachung Mehrbedarfsschaden	177
V. Beerdigungskosten.	183
E. Haushaltsführungsschaden	185
I. Allgemeines	185
II. Anspruchsschreiben an den gegnerischen Haftpflichtversicherer	186
III. Modell zur Berechnung der fiktiven Kosten einer Ersatzkraft	191
F. Prozessformulare Unfallregulierung.	204
I. Klagen bei Sachschäden.	204
1. Verkehrsunfallklage	204
2. Klageerwiderung zur Verkehrsunfallklage	210
3. Klage nach Inanspruchnahme der Kaskoversicherung.	212
4. Drittwiderklage.	215
5. Klage bei geleastem Kfz.	218
6. Klage gegen Deutsches Büro Grüne Karte e.V.	220
7. Klage bei Verkehrsunfall im EU oder EWR-Ausland.	221
8. Klage gegen die Verkehrsofferhilfe	223
II. Klagen bei Personenschäden	224
1. Klage bei geringem Personenschaden ohne Feststellungsantrag	225
2. Schmerzensgeldklage bei HWS-Distorsion	227
3. Schmerzensgeldklage bei gravierenden Personenschäden mit Feststellungsantrag	230
4. Haushaltsführungsschadenklage.	235
5. Verdienstausfallklage	238
III. Abfindungsvergleich	241
1. Endgültige Abfindung.	242
2. Nicht endgültige Erledigung.	243

G.	Regress des Sozialversicherungsträgers	244
I.	Einführung	244
	1. Klage aus übergegangenem Recht nach § 116 SGB X	245
	a) Klage des Sozialversicherungsträgers bei einem Verkehrsunfall aus gem. § 116 SGB X auf ihn übergebenen Ansprüchen des Versicherten – Haftungsquote 100 %	245
	b) Klage des Sozialversicherungsträgers bei einem Verkehrsunfall aus gem. § 116 SGB X auf ihn übergebenen Ansprüchen des Versicherten – Haftungsquote 50 %	248
	2. Klage gem. § 110 SGB VII	254
	a) Klage aus § 110 SGB VII ohne Mitverschulden des Versicherten	254
	b) Klage gem. § 110 SGB VII unter Annahme eines Mitverschuldens des Versicherten i.H.v. 30 %	259
Abschnitt 2 Vertragsrecht		267
H.	Fahrzeugkaufvertrag	267
I.	Kaufvertrag (privater Verkauf eines gebrauchten Kfz)	267
II.	Außergerichtliche Schreiben	270
	1. Abstandnehmen von verbindlicher Bestellung (Anschreiben)	270
	2. Nacherfüllungsanspruch bei Verkauf von Verbraucher an Verbraucher (Anschreiben)	271
	3. Rücktritt und Schadensersatz bei unmöglicher Nacherfüllung (Anschreiben)	275
	4. Kombination von Nacherfüllung und Rücktritt (Anschreiben)	277
	5. Anschreiben an Rechtsschutzversicherung wegen Rechtsanwaltsgebühren für Rücktritt	279
	6. Minderung (Anschreiben)	280
	7. Kombination von Ansprüchen aus Garantie und Sachmängelhaftung (Anschreiben)	281
	8. Ablehnung Sachmängelhaftungsansprüche wegen eigenmächtiger Selbstvornahme (Anschreiben)	283
III.	Gerichtliche Schriftsätze	284
	1. Klage wegen Rücktritt und Schadensersatz	284
	2. Klageerwiderung gegen Klage auf Rücktritt	290
	3. Antrag im selbstständigen Beweisverfahren	292
I.	KFZ-Leasing	295
I.	Leasing allgemein	295
II.	Abwicklung von Unfallschäden an Leasingfahrzeugen	296
	1. Schadenmeldung gegenüber dem Leasinggeber	296
	a) Erstschriften an den Mandanten	296
	b) Schadenmeldung an den Leasinggeber	297
	2. Leasingtypische Besonderheiten	298
	a) Haftung und Mithaftung des Leasingnehmers	298
	b) Reparatur	299
	c) Reparatur/Schreiben an Mandant/in	299
	3. Korrespondenz mit dem Schädiger/Kfz-Haftpflichtversicherer	300
	a) Schadenanmeldung/Benachrichtigung des Unfallgegners über Leasingeigenschaft Versicherungsgesellschaft	300
	b) Unfallbedingte Reparaturschäden	300
III.	Besonderheiten bei regulärem Vertragsende des Leasingvertrages	308
	1. Einleitung	308
	2. Rückgabe und Abrechnung beim Restwertvertrag	309
	3. Wertermittlung durch Sachverständigengutachten	309
	a) Schreiben an Leasinggeber wegen Gebrauchsspuren	311

Inhaltsverzeichnis

Teil 2 Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	313
J. Verkehrsordnungswidrigkeiten.	315
I. Schriftsätze an Behörden und Gerichte	315
1. Bestellungsschriftsatz in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	315
2. Anfrage an das Kraftfahrtbundesamt.	316
3. Kennzeichenanzeige – Kein Fahrtenbuch	317
4. Kennzeichenanzeige bei Dienstfahrzeug	318
5. Geschwindigkeitsmessung durch Radar	319
6. Geschwindigkeitsmessung durch Nachfahren	321
7. Rotlichtverstoß (keine gezielte Überwachung)	323
8. Atypischer qualifizierter Rotlichtverstoß	324
9. Kein Fahrverbot gem. § 25 Abs. 1 Satz 1 StVG, BKatV	327
10. Bußgeldtrunkenheitssache (§ 24a StVG): Weniger Geldbuße und kein oder nur beschränktes Fahrverbot	330
11. Vermeidung eines Fahrverbots bei Bußgeldtrunkenheitstätern (§ 24a StVG) aufgrund einer psychologischen Schulungsmaßnahme	333
12. Parallelverbüßung zweier Fahrverbote	335
13. Rechtsbeschwerdeeinlegung	335
14. Rechtsbeschwerdebegründung und Begründung des Zulassungsantrages	335
15. Deckungsschutzanfrage an Rechtsschutzversicherung	337
II. Schreiben an Mandanten.	338
1. Belehrung der Mandantschaft bei Bußgeldtrunkenheitsdelikt (§ 24a StVG)	338
2. Mitteilung an Mandanten nach Verurteilung in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	339
3. Mitteilung an Mandanten bei Einspruchsrücknahme in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	339
4. Information über den weiteren Fortgang des Verfahrens	340
5. Information über den Ablauf eines Gerichtstermins	342
III. Informationsschreiben an den Mandanten.	343
1. Information über die Teilnahme an einem Nachschulungskurs bzw. an einer Verkehrstherapie aufgrund von Delikten ohne Alkoholeinfluss (mit: Punkten/Verkehrsunfallflucht und anderen Delikten)	343
2. Information über die Teilnahme an einem Fahreignungsseminar	350
K. Verkehrsstrafrecht	352
I. Verkehrsstraftaten und ihre Folgen/Einzelne Strafvorschriften	352
1. Alkohol und andere berauschende Mittel im Straßenverkehr – §§ 316, 315c Abs. 1 Nr. 1a, 323a StGB	352
a) Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB	352
b) Gefährdung des Straßenverkehrs infolge des Konsums alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel – § 315c Abs. 1 Nr. 1a StGB.	360
2. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort – § 142 StGB	365
a) Antrag auf Verfahrenseinstellung – kein öffentlicher Verkehrsraum	365
b) Antrag auf Verfahrenseinstellung – Unfall nicht bemerkt, daher kein Vorsatz.	367
c) Antrag auf Verfahrenseinstellung – Annahme, der Anwesenheits- und Vorstellungspflicht sei genügt, daher Tatbestandsirrtum und kein Vorsatz	369
d) Antrag auf Verfahrenseinstellung – nächtlicher Unfall, nach Beachtung der Wartepflicht Feststellungen unverzüglich nachträglich erfüllt.	371
3. Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung – §§ 222, 229 StGB	373
a) Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine Vermeidbarkeit.	373
b) Antrag auf Verfahrenseinstellung – kein Strafantrag, kein besonderes öffentliches Interesse.	375
4. Nötigung – § 240 StGB	376
5. Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr – § 315b StGB.	378
6. Sonstige Gefährdung des Straßenverkehrs.	380

a) Fahrunsicherheit infolge körperlicher und geistiger Mängel – § 315c Abs. 1 Nr. 1b) StGB.	380
b) Die »7 Todsünden« des Kraftfahrers – § 315c Abs. 1 Nr. 2 StGB.	381
II. Rechtsfolgen einer Verkehrsstraftat	383
1. Haupt- und Nebenstrafen.	383
a) Fahrverbot – § 44 StGB.	383
b) Geldstrafe.	387
c) Freiheitsstrafe	390
2. Entziehung der Fahrerlaubnis – § 69 StGB.	392
a) Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine Entziehung der Fahrerlaubnis trotz Vorliegens des Regelbeispiels des § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB, kein Fahrverbot (Unfallflucht).	392
b) Mandanteninformation bei drohender Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB.	393
c) Mandanteninformation nach rechtskräftiger Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB – Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens droht.	396
d) Mandanteninformation nach rechtskräftiger Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB – Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens droht nicht, ist aber auch nicht auszuschließen	398
III. Verkehrsstraßprozess.	400
1. Ermittlungsverfahren	400
a) Antrag auf Verfahrenseinstellung wegen Vorliegen eines Beweisverwertungsverbotes aufgrund unterbliebener Beschuldigtenbelehrung eines der Unfallflucht verdächtigen Fahrzeughalters	400
b) Widerspruch gegen die Beschlagnahme des Führerscheins mangels dringenden Tatverdachts nach Inanspruchnahme des Zeugnisverweigerungsrechts der Ehefrau	402
c) Beschwerde gegen einen die Beiordnung als Pflichtverteidiger ablehnenden Beschlusses bei schwieriger Sach- oder Rechtslage wegen möglicherweise vorliegender alkoholbedingter Schuldunfähigkeit (»rückwirkende Beiordnung«)	403
2. Zwischenverfahren	404
a) Antrag auf Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens aus tatsächlichen Gründen	404
3. Revision	406
a) Ausgeführte Sachrüge – Keine ordnungsgemäße Wahlgegenüberstellung	406
L. Besonderheiten der Verteidigung im Bußgeldverfahren bei Fuhrunternehmen Einzelne Vorschriften, Verteidigungsstrategien und Prävention durch Fuhrparkmanagement	411
I. Allgemeines	411
II. Besonderheiten in der Mandatsanbahnung	411
1. Allgemeines.	411
2. Einzelprobleme in der Mandatsanbahnung bei Fahrern eines Lastkraftwagens	412
a) Zeugenfragebogen der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen	412
b) Sofortige Reaktion ggü. der Bußgeldstelle auf den Zeugenfragebogen, gerichtet an das Fuhrunternehmen erforderlich	412
c) Verhinderung von Besuchen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen an der Betriebsstätte des Fuhrunternehmens.	412
d) Auftrag des Rechtsanwalts ist es, den Fuhrunternehmer zu vertreten, dann Zeugenbeistand.	413
e) Auftrag des Rechtsanwalts ist es, den Fahrer zu vertreten, dann Verteidiger	413
aa) Zeugenfragebogen der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen ohne Kontakt zwischen Rechtsanwalt und Fahrer.	414
bb) Bestellschreiben ggü. der Bußgeldstelle nach einem Zeugenfragebogen an das Fuhrunternehmen	414

Inhaltsverzeichnis

cc)	Schreiben an den Fahrer wegen eines Zeugenfragebogens der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen	415
dd)	Punktemanagement	415
ee)	Kostenübernahme durch die Rechtsschutzversicherung des Fuhrunternehmens	415
ff)	Antrag auf Entbindung von der Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in einem Hauptverhandlungstermin	416
gg)	Gefahr der Anordnung eines Fahrtenbuchs für den Fuhrpark	416
3.	Einzelprobleme in der Mandatsanbahnung bei Verstößen gegen Halterpflichten	417
a)	Typischer Anhörungsbogen	417
b)	Reiner Zeugenfragebogen	417
c)	Kombinierter Anhörungs- und Zeugenfragebogen	417
III.	Geschwindigkeitsverstöße anhand einer Auswertung des Fahrtenschreibers oder des EG-Kontrollgeräts	418
1.	Allgemeines	418
2.	Die Diagrammscheibe als Beweismittel	418
3.	Der Ausdruck aus dem digitalen Kontrollgerät als Beweismittel	418
4.	Verteidigungsstrategie	419
5.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Geschwindigkeitsüberschreitung LKW	419
IV.	Abstandsverstöße von Lastkraftwagen auf BAB	420
1.	Allgemeines	420
2.	Verteidigungsstrategie	420
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Abstandsverstoß LKW	421
V.	Verstoß gegen das Überholverbot, hier: Elefantenrennen	423
1.	Allgemeines	423
2.	Verteidigungsstrategie	423
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Überholverbot LKW	423
VI.	Sonntagsfahrverbot	424
1.	Allgemeines	424
2.	Verteidigungsstrategie	424
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Verstoß gegen Sonntagsfahrverbot LKW	425
4.	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers, wenn Feiertage nicht bundesweit gelten	426
5.	Schriftsatz Verteidigung des Halters Sonntagsfahrverbot LKW	427
VII.	Ladungssicherung	427
1.	Allgemeines	427
2.	Verteidigungsstrategie	428
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen die Ladungssicherungspflicht LKW	428
4.	Ein Beispiel aus der Praxis, Ladungssicherung beim Transport von landwirtschaftlichem Schüttgut, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers ggü. der Bußgeldstelle	432
5.	Verteidigung des Halters	434
VIII.	Überladung	434
1.	Allgemeines	434
2.	Verteidigungsstrategie	434
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Überladung LKW	435
4.	Verteidigung des Halters	437
IX.	Abmessung von Fahrzeugen	438
1.	Allgemeines	438
2.	Verteidigungsstrategie	438
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Höhenüberschreitung LKW	438
4.	Schriftsatz Verteidigung des Halters Höhenüberschreitung LKW	440
X.	Mängel am Fahrzeug	440
1.	Allgemeines	440
2.	Verteidigungsstrategie	440
3.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Mängeln am Fahrzeug LKW	442
4.	Verteidigung des Halters	442
XI.	Lenk- und Ruhezeiten	442
1.	Allgemeines	442

2.	Verteidigungsstrategie	443
3.	Tabellarische Übersicht zu den Lenk- und Ruhezeiten nach der VO (EG) Nr. 561/2006 und des AETR	443
4.	Schreiben an die Rechtsschutzversicherung nach Ablehnung der Eintrittspflicht.	444
5.	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen die Lenk- und Ruhezeiten und Verjährung.	445
6.	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister.	445
7.	Schriftsatz Verteidigung des Unternehmers wegen Verstoß gegen Lenk- und Ruhezeiten.	445
XII.	Mautpflicht für Lastkraftwagen	447
1.	Allgemeines.	447
2.	Die Ordnungswidrigkeitentatbestände	447
3.	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen das ABMG und Verjährung.	448
4.	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister.	448
5.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen die Mautpflicht	448
XIII.	Güterkraftverkehrsgesetz	449
1.	Allgemeines.	449
2.	Verteidigungsstrategie	450
3.	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen das GüKG und Verjährung	450
4.	Auskunft beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG).	450
5.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen das GüKG	450
6.	Schriftsatz Verteidigung des Unternehmers wegen Verstoßes gegen das GüKG	451
XIV.	Halten und Parken von Lastkraftwagen	452
1.	Allgemeines.	452
2.	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Parkverstoß LKW.	452
3.	Weitere Park- und Halteverstöße.	453
XV.	Fuhrparkmanagement	453
1.	Allgemeines.	453
2.	Verteidigungsstrategie für den Fuhrparkinhaber	454
3.	Schriftsatz Verteidigung des Halters (Fuhrparkinhabers) wegen Verstoß gegen seine Sorgfaltspflichten	454
4.	Dienstanweisungen des Halters an seine Fahrer und andere Betriebsverantwortliche.	456
a)	Formular einer allgemeinen Dienstanweisung an den Fahrer	456
b)	Formular einer Dienstanweisung zur Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten an den Fahrer.	457
c)	Formular einer Dienstanweisung zur Beachtung der Ladungssicherung	457
d)	Belehrungsprotokoll als Dokumentationsnachweis für den Unternehmer bzw. sonstigen Betriebsverantwortlichen zum Nachweis der Belehrung der Fahrer.	458
5.	Bußgeldverfahren gem. § 130 OWiG wegen Verletzung von Unternehmerpflichten.	458
6.	Schriftsatz Verteidigung des Betriebsinhabers wegen Verstoß gegen seine Aufsichtspflichten im Betrieb	459
XVI.	Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz.	459
1.	Allgemeines.	459
2.	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen § 9 Abs. 1 BKrFQG bei Berufung auf die »Handwerkerklausel«	460
3.	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Betriebsinhabers wegen Verstoß gegen § 9 Abs. 2 BKrFQG bei Berufung auf die »Handwerkerklausel«	461
Teil 3 Verkehrsverwaltungsrecht.		463
M.	Verkehrsverwaltungsrecht	465
I.	Klage gegen die Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologisches Gutachtens	465
II.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Entziehungsverfügung wegen Nichtbeibringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens	470
III.	Klage gegen Entziehung der Fahrerlaubnis wegen eines negativen Fahreignungsgutachtens	474
IV.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Nichtbeibringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens	477

Inhaltsverzeichnis

V.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis wegen erstmaliger Verkehrsteilnahme unter der Wirkung von Cannabis	478
VI.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Entziehungsverfügung ohne vorherige Anordnung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens	481
VII.	Stellungnahme zum Anhörungsschreiben wegen beabsichtigter Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens	482
VIII.	Verpflichtungsklage auf Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis	485
IX.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (Erreichen von 8 Punkten)	489
X.	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis der nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	491
XI.	Schreiben an die Fahrerlaubnisbehörde wegen beabsichtigter Entziehung der Fahrerlaubnis bei noch anhängigem Strafverfahren	492
XII.	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung einer Entziehungsverfügung (wegen geänderter Umstände)	494
XIII.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen eine Entziehungsverfügung bei vorgelegtem negativem Fahreignungsgutachten	496
XIV.	Antrag auf vorläufige Neuerteilung einer Fahrerlaubnis im Wege der einstweiligen Anordnung gem. § 123 VwGO.	498
XV.	Antrag auf Erlass eines feststellenden Verwaltungsakts (Geltung der EU-Fahrerlaubnis)	501
XVI.	Anfechtungsklage gegen Feststellung der Nichtgeltung einer EU-Fahrerlaubnis	503
XVII.	Klage gegen die Anordnung eines Fahrtenbuchs	506
XVIII.	Leistungsklage, gerichtet auf die Rückerstattung von Kosten einer behördlichen Abschleppmaßnahme	509
XIX.	Klage gegen einen Leistungsbescheid wegen behördlicher Abschleppkosten	512
Teil 4 Verkehrsrechtliche Bezüge zum Arbeitsrecht		515
N.	Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen verkehrsrechtlicher Vergehen im Straßenverkehr	517
I.	Kündigungserklärungen des Arbeitgebers	517
1.	Ordentliche fristgebundene Änderungskündigung	517
2.	Außerordentliche fristlose Änderungskündigung	517
3.	Ordentliche (fristgebundene) Kündigung	517
4.	Außerordentlich fristlose Kündigung – mit hilfsweiser ordentlicher Kündigung	517
II.	Klagen des Arbeitnehmers gegen Kündigungen des Arbeitgebers	518
1.	Kündigungsschutzklage gegen ordentliche Änderungskündigung	518
2.	Feststellungsklage aufgrund außerordentlich fristloser Kündigung	520
3.	Kündigungsschutzklage gegen ordentliche Kündigung nach Entziehung der gesetzlichen Fahrerlaubnis und bei Erhalt der innerbetrieblichen Fahrerlaubnis (U-Bahn-Fahrer)	522
Stichwortverzeichnis		525